

Tagesgespräch

## „Kein Schnellschuss aus kleinem Kreis“

Winfried Nachtwei zu Kurzverfahren für Truppeneinsatz

Die Grünen lehnen den Vorstoß von Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) für ein schnelleres Verfahren zum Beschluss von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ab. Der Parlamentsvorbehalt darf nicht unterlaufen werden, sagte Verteidigungsexperte Winfried Nachtwei der SZ.

**Verteidigungsminister Struck will künftig dringende Einsätze der Nato-Einsatztruppe nicht mehr vom gesamten Bundestag, sondern von einem besonderen Bundestagsausschuss beschließen lassen, damit Entscheidungen schneller als bisher getroffen werden können. Was haben Sie dagegen?**

Dieser Vorschlag würde die Parlamentsbeteiligung elementar aufweichen und eine fragwürdige Handlungsfähigkeit schaffen. Gerade die schnellsten, schärfsten und riskantesten militärischen Reaktionen würden nicht mehr mit der vollen Transparenz beschlossen. Nur noch Friedensmissionen würden vom ganzen Parlament beschlossen. Wo es wirklich blutiger Ernst werden kann, entscheidet nur noch ein kleinerer Kreis.

**Was treibt dann Struck zu dieser Initiative?**

Struck steht unter dem Eindruck des Nato-Ministertreffens in Colorado Springs. Dort hat US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die Verbündeten dazu angehalten, schnellere Verfahren zu schaffen. Doch gerade Rumsfeld steht ja - Beispiel Irak - für eine Art der Militärintervention, die durch eine gro-

ße Lüge begründet war und neues Chaos schuf. Es wäre ein Irrweg, dieser Art von Kriegsführung noch längere Zügel zu lassen.

**Gerade der Irak-Krieg hatte doch einen monatelangen Vorlauf. Da würde doch ein Schnellverfahren gar nicht zum Zuge kommen.**

Das stimmt. Grundsätzlich setzt aber die Einführung eines solchen Verfahrens ein gewisses Vertrauen voraus. Und dieses Vertrauen ist gegenüber dem Hauptbetreiber des Schnellverfahrens nun wirklich nicht gegeben.

**Warum wollen Sie dann überhaupt ein Entsende- oder Parlamentsbeteiligungsgesetz, wenn sich eigentlich nichts ändern soll?**

Die Regel muss weiter die volle Parlamentsbeteiligung bleiben. Unter bestimmten Voraussetzungen sollen aber verkürzte und damit beschleunigte Verfahren möglich sein. Das ist sinnvoll, um die multilaterale Handlungsfähigkeit zu verbessern. Darunter fallen erstens die Vorbereitung von Einsätzen - Erkundung, Vorauskommando, Anmietung von Transportraum. Zweitens: humanitäre Einsätze mit

Selbstschutzkomponente und drittens: Einsätze geringer Bedeutung - einzelne Offiziere nehmen an einer UN-geführten Friedensmission teil. Die entsprechenden Ausschüsse - Auswärtiges, Verteidigung und Haushalt - müssten dann informiert werden oder selbst beschließen, ohne dass die Sache vom ganzen Bundestag behandelt wird. Wichtig ist, dass auch bei Einsätzen

geringer Bedeutung eine Minderheit im Ausschuss auf eine Parlamentsbefassung bestehen kann.

**Struck meint, dass das in akuten Krisen nicht möglich ist.**

Wenn Gefahr im Verzug ist - beispielsweise wenn deutsche Bürger aus Geiselnhaft befreit werden müssen - hat die Bundesregierung ohnehin eine Vollmacht zum Einsatz der Streitkräfte. Sie muss dann den Bundestag nachträglich befassen. Die Realität der Parlamentsbefassung zeigt außerdem: Das geht schon ziemlich zügig. Der Bundestag braucht zum Beschluss nur wenige Tage, maximal eine Woche, wenn es sein muss.

**Und das reicht aus, weil es ohnehin ein paar Tage dauert, bis Truppen in Marsch gesetzt werden können?**

Genau. Selbst das Kommando Spezialkräfte kann nicht losschießen wie eine Rakete. Andere Militäreinsätze brauchen auch immer einen politischen und militärplanerischen Vorlauf. Die Vorstellung vom militärischen Schnellschuss ist weder realistisch, noch wäre sie zu verantworten.

**Werden Sie sich mit SPD-Fraktion und Verteidigungsminister Struck einig?**

Die bisherigen Gespräche sind aussichtsreich. Ich glaube, dass wir noch dieses Jahr gemeinsam mit der SPD und vielleicht auch den anderen Fraktionen einen Gesetzentwurf vorlegen können.

Das Gespräch führte Sven Siebert.